

# Einstimmiger Antrag im Mainzer Landtag

## Auf Bundesebene für ein Gesamtkonzept zum Schutz vor Bahnlärm einsetzen



**Das Mittelrheintal vom Lärm entlasten, eine alternative Güterverkehrsstrecke zu realisieren und den Lärmschutz voranbringen, das waren Themen beim Treffen mit Ministerpräsidenten Malu Dreier am Rande der Landtagssitzung vergangener Woche. Von rechts: Innenminister Roger Lewentz (SPD), Landtagsabgeordnete Jutta Blatzheim-Rögler (Bündnis 90/Die Grünen), Umweltministerin Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen), Willi Pusch (BI), Verkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP), Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer (SPD), Rosi und Wolfgang Schneider (BI), Mike Weiland (SPD), Dr. Manfred von Stosch und Christoph Derdzinski (BI) und Landtagsabgeordneter Michael Hüttner (SPD).**

**Mittelrhein.** (av) – Auf Initiative der Ampel-Koalition hat sich der Landtag für eine alternative Gütertrasse für das Mittelrheintal ausgesprochen. Es ist ein wichtiges Signal, dass Rheinland-Pfalz gegenüber dem CSU-Bundesverkehrsministerium geschlossen auftritt, um gemeinsam die Anliegen der Menschen im Mittelrheintal zu vertreten. Dass die alternative Güterverkehrsstrecke, das heißt die Neubaustrecke Troisdorf – Mainz – Bischofsheim (Korridor Mittelrhein: Zielnetz II), nicht in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 aufgenommen wurde, ist aus Sicht des Landtags Rheinland-Pfalz nicht akzeptabel. Wenn es um die gesundheitlichen Beeinträchtigungen der vom Schienenlärm betroffenen Bevölkerung geht, müssten Bewertungsmaßstäbe angelegt werden, die diese unerträgliche Dauerbelastung adäquat abbilden. Dies ist bisher nicht ausreichend erfolgt. Auch von hessischer Seite sollen alle Fraktionen im hessischen Landtag ein deutliches Signal setzen, fordert die Landtagsabgeordnete Petra Müller-Klepper.

Am Rande der Landtagssitzung trafen sich Mitglieder der rheinland-pfälzischen Landesregierung um Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Innenminister Roger Lewentz (beide SPD), Verkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP) und Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) und der Regierungsfractionen, darunter der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Alexander Schweitzer, zum Gespräch mit Vertretern der örtlichen Politik und der im Mittelrheintal agierenden Bürgerinitiativen gegen den Bahnlärm. Unter ihnen waren auch der SPD-Kreisvorsitzender Mike Weiland (Rhein-Lahn), Marcel Heilscher (SPD Kamp-Bornhofen) sowie Willi Pusch, der seit Jahren mit seinen Aktiven gegen die Umweltschäden durch die Bahn sowie den Bahnlärm und vor allem eine

Alternativtrasse für den Güterverkehr im Mittelrheintal kämpft.

Die Landtagsfraktionen von SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und CDU die Landesregierung hat dazu aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene für ein Gesamtkonzept zum Schutz vor Bahnlärm mit bundesweit verbindlichen Grenzwerten einzusetzen, die auch für bestehende Verkehrswege und -anlagen gelten. Vor allem soll sich das Land Rheinland-Pfalz beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur weiter dafür einsetzen, dass die alternative Güterverkehrsstrecke Troisdorf – Mainz – Bischofsheim zur Entlastung des Mittelrheintals realisiert und die angekündigte Machbarkeitsstudie so bald als möglich in Auftrag gegeben wird. Das Mittelrheintal müsse möglichst schnell, nicht nur mit Blick auf die BUGA 2029, sondern insbesondere auch aus Gründen der Gesundheit der dort lebenden Menschen sowie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine spürbare Entlastung erfahren, so die Kommunalpolitiker und Vertreter der Bürgerinitiativen insondono.

Der SPD-Abgeordnete Michael Hüttner (Bingen) sprach von einem unerträglichen Bahnlärm, „die Menschen ziehen weg, der Tourismus leidet“. Die Menschen im Mittelrheintal brauchen endlich messbare Ergebnisse, sie brauchen endlich Lärmreduzierungen. Es geht um den Erhalt der Entwicklungspotenziale des gesamten Mittelrheintals auf einer Länge von 130 Kilometern. Während unsere europäischen Nachbarländer Niederlande und Schweiz ihre Zusagen beim Ausbau des Rhein-Alpen-Korridors längst erfüllt haben, ist das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium seit Jahren untätig. Die Probleme der Menschen werden durch den CSU-Bundesverkehrsminister gänzlich ignoriert, so Hüttner. Für die SPD-Fraktion steht fest: „Wirt-

schaftlichkeit alleine kann nicht das Maß der Dinge sein, der Gesundheitsschutz muss viel stärker als bisher berücksichtigt und in Kosten-Nutzen-Überlegungen einbezogen werden. Nächtliche Pegelwerte von über 70 Dezibel führen zu Gesundheitsbeeinträchtigungen, die nicht hinnehmbar sind. Die Dauerbelastung durch den Güterverkehr muss aus dem Tal verbannt werden.“ In dem gemeinsamen Plenar Antrag fordern die Landtagsfraktionen den Bundesverkehrsminister auf, die Lärmbelastung zu reduzieren und den Güterverkehr aus dem Tal zu verlagern. Dazu braucht es eine rasche Umsetzung von Maßnahmen, die zu einer Absenkung des Lärmpegels im Tal führen können: Ein effektives, lärmabhängiges Trassenpreissystem, Geschwindigkeitsbeschränkungen, ein Nachtfahrverbot und die schnelle Umrüstung der alten Güterwagen auf leise Bremssohlen. Langfristig kann nur die Neubaustrecke zwischen Troisdorf und Mainz-Bischofsheim eine echte Entlastung schaffen. Bundesverkehrsminister Scheuer ist aufgefordert, die angekündigte Machbarkeitsstudie so bald als möglich in Auftrag zu geben.

Auf Einladung der Landesregierung des Landes Rheinland-Pfalz konnten die Vorstandsmitglieder der „Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn e. V.“, Willi Pusch, Wolfgang und Rosi Schneider, Dr. Manfred von Stosch und Christoph Derdzinski die Abstimmung über einen Antrag zur Alternativtrasse für den Schienengüterverkehr zwischen Troisdorf und Mainz – Bischofsheim im Landtag mit verfolgen. „Wir sind sehr froh über die einstimmige Annahme des Antrages“, sagte Willi Pusch. „Wir hoffen, dass nun auch der Landtag in Hessen sich für den Bau dieser Alternativstrecke stark machen wird, meint Wolfgang Schneider.